

soziales_kapital

wissenschaftliches journal österreichischer fachhochschul-studiengänge soziale arbeit
Nr. 4 (2009) / Rubrik "Werkstatt" / Standortredaktion Wien

Printversion:

<http://www.soziales-kapital.at/index.php/sozialeskapital/article/viewFile/168/243.pdf>

Marc Diebäcker, Judith Ranftler, Tamara Strahner und Gudrun Wolfgruber:

Zeugnisse alltäglichen Leidens in sozialen Organisationen.

Von der Ökonomisierung des Politischen zur Depolitisierung und Deprofessionalisierung der Sozialen Arbeit – Teil II¹

Seit den 1990er Jahre hat sich die Ausrichtung des österreichischen Sozialstaats und damit auch die Finanzierung, Beauftragung und Durchführung Sozialer Arbeit deutlich gewandelt. Ähnlich wie in der Schweiz und Deutschland haben sich „neoliberale“ bzw. radikal-liberale Positionen verallgemeinert und stoßen seitdem auf breite Akzeptanz. Die Ökonomisierung des Sozialen und Entwicklungen in Richtung eines aktivierenden Sozialstaats zeigen sich auch im Wiener Lokalstaat - damit zusammenhängende Transformationen Sozialer Arbeit treten dabei deutlich zu Tage.

In der letzten Ausgabe dieser Zeitschrift (soziales_kapital 3/2009) haben wir die gewandelte staatliche Praxis (z. B. Teilprivatisierungen, Einführung des Neuen Steuerungsmodells, veränderte Beauftragungsweise etc.) und damit einhergehend ein verändertes Verhältnis zwischen staatlichen AuftraggeberInnen und sozialen Organisationen problematisiert. Wir haben argumentiert, dass neoliberale Strategien und die Regulierung sozialer Organisationen im lokalen Staat zur Depolitisierung der Sozialen Arbeit führen und haben dabei aus einer makroanalytischen Perspektive versucht Wettbewerbs-, Konkurrenz- und Spezialisierungstendenzen kritisch zu reflektieren.

Im folgenden Beitrag (Teil II) werden wir den Blick stärker auf innerorganisatorische Veränderungen von Einrichtungen Sozialer Arbeit lenken, da insbesondere Phänomene auf der Mesoebene in der aktuellen Debatte aus dem Blick geraten. Dabei beschreiben und erläutern wir auf Basis empirisch-qualitativer Fallstudien, die insbesondere die Perspektive von in der KlientInnenarbeit tätigen SozialarbeiterInnen und SozialpädagogInnen berücksichtigen, einerseits veränderte Rahmenbedingungen in Organisationen Sozialer Arbeit und andererseits ein sich transformierendes und neu ausgerichtetes Verhältnis zwischen MitarbeiterInnen und KlientInnen Sozialer Arbeit. Die zentrale These unseres Beitrages ist, dass neoliberale Umstrukturierungen und die Ökonomisierung des Sozialen sich konkret in den Einrichtungen Sozialer Arbeit vollziehen und dort die Handlungspraxis derart verformen und verfremden, dass von einer weitgehenden Deprofessionalisierung Sozialer Arbeit gesprochen werden kann. Neben ihrem Funktionswandel und ihrer Depolitisierung (siehe Teil I in soziales kapital 3/2009) argumentieren wir, dass mit dem Verlust ihrer fachlichen Möglichkeiten Soziale Arbeit heutzutage stärker als noch im fordistischen Wohlfahrtsstaat von Herstellungslogiken und Technokratisierungstendenzen gekennzeichnet ist und verwaltende, selektive und

ausschließende Tätigkeiten heute den Berufsalltag durchziehen. (vgl. dazu auch Bakic/Diebäcker/Hammer 2008; 2007^a; 2007^b)

Die Grundlage unserer in diesem Beitrag vorgestellten Thesen und Ergebnisse sind im Rahmen eines zweijährigen EQUAL-Teilprojekts „Fachliche Standards in der Sozialarbeit: gestern – heute – morgen“ entstanden, das von Juli 2005 bis Juni 2007 von der Fachhochschule FH Campus Wien durchgeführt wurde.² Im Laufe des Projekts wurden Tagungen, Diskussionen und Workshops veranstaltet und protokolliert, die als zentrale Quellen herangezogen wurden. An den Veranstaltungen waren zahlreiche MitarbeiterInnen unterschiedlicher Professionen aus sozialen Einrichtungen beteiligt. Mehrere qualitative Fallstudien zur Sozialen Arbeit in Wien, welche sich hinsichtlich Handlungsfeldern, Organisationsform und -größe unterschieden, ermöglichten weitergehende Einsichten in spezifische Handlungskontexte von in der Sozialen Arbeit Tätigen.³

1. Prozesse der Hierarchiebildung in Organisationen

Es ist unseres Erachtens davon auszugehen, dass die Ökonomisierung der Sozialen Arbeit die Ausbildung von Hierarchien und das Entstehen von Distanz zwischen den Organisationsebenen innerhalb einer Einrichtung fördert. Strategische Aufgaben und Funktionen wie Finanzverwaltung, Vertragsverhandlungen, Personalentwicklung oder Öffentlichkeitsarbeit werden - so die These - stärker auf Leitungsebene⁴ gebündelt.

Dies resultiert u. a. aus den gestiegenen Unsicherheiten (kürzere Vertragsdauer, geringere Ressourcen, mehr Konkurrenz) und dem gewachsenen Legitimationsdruck, mit denen soziale Organisationen heute konfrontiert sind. Dem scheinen Verantwortliche in den sozialen Organisationen mit einer strategischen Anpassung an Interessen von Financiers begegnen zu wollen, eine stärkere Kontrolle und Konzentration wichtiger Agenden an der Spitze der Organisation sind dann die Folgen.

Aus Sicht von MitarbeiterInnen, die auf unteren Organisationsebenen in der KlientInnenarbeit tätig sind, erweist sich die fachlich-inhaltliche Argumentation und Vermittlung von „unten nach oben“ innerhalb der eigenen Organisation zunehmend als schwieriger. Bei politischen Aushandlungsprozessen fühlen sie sich unzureichend beteiligt, zumal das „Leitende Management“ in vielen Organisationen berufsfremd besetzt sei. Ein wachsender „Kontrollcharakter“ in der Kommunikation „von oben nach unten“ sei feststellbar. (Protokoll AG 2, 31.05.2006)

Ein/e Mitarbeiter/in von *Streetwork am Karlsplatz*, einer Drogenhilfeeinrichtung des *Vereins Wiener Sozialprojekte (VWS)*, beschreibt Machtdifferenzen zwischen den Organisationsebenen folgendermaßen:

„Da gibt es eine Hierarchie. Der Geldgeber bestimmt's, mehr oder weniger, kennt sich aber auch nicht aus. Geht hinunter zur Geschäftsführung, bestimmt genauso, kennt sich da im Prinzip auch nicht aus. Geht hinunter zur Leitung, Leitung bestimmt dann, kennt sich auch aus. Wir führen dann aus. Ich meine, das geht aber wirklich von oben nach unten. [...] Es gibt natürlich auch die Veränderungen, die von uns selber kommen. Wir haben unseren Dienstplan selber gemacht, also wie wir arbeiten, das kommt von uns, vom Team aus. Weil wir gesagt haben, o. k, mit diesen Vorgaben können wir nicht arbeiten, wir überlegen uns etwas Neues.“ (zit. nach Krieger et al. 2007, 35)

Die Machttechnik der Hierarchisierung behindert die Organisation von MitarbeiterInnen in Gruppen (Foucault 2005[1974], 71-72) und beeinträchtigt damit ihr mikropolitisch Handeln negativ. Mit der Konzentration von strategischen Aufgaben auf oberen Organisationsebenen sind engere Handlungsspielräume von SozialarbeiterInnen auf unteren Ebenen verbunden, aber es wird auch deutlich, dass die Kollektivierung von MitarbeiterInnen kritische und widerständische Potentiale fachlich-politischen Handelns in den Einrichtungen ermöglicht.

Mit der Ökonomisierung in der Sozialen Arbeit scheinen sich Elemente einer „Unternehmenskultur“ auch in der Hinsicht zu verbreiten, dass Macht an der Spitze konzentriert wird, um Entschlossenheit bei Anpassungsleistungen des „Unternehmens“ zu demonstrieren - nur dass diese Anpassung nicht an den Interessen von AktionärInnen (Sennet 2005, 49), sondern an ökonomischen Interessen finanzierender und kontrollierender Akteure des Staates ausgerichtet zu sein scheinen.

2. Quantifizierung - Messbarmachung – Standardisierung: Der Verlust professioneller Selbststeuerung

Übereinstimmungen scheinen bei SozialarbeiterInnen in der skeptischen Beurteilung von quantitativ ausgerichteten Dokumentationssystemen und -pflichten zu existieren. Aus ihrer Sicht werden sowohl Begrifflichkeiten als auch Ziele - nämlich Qualität Sozialer Arbeit messbar und überprüfbar zu machen - als problematisch angesehen werden. In der Kritik spiegelt sich vor allem die Problematisierung zentraler Annahmen und Zielsetzungen am outputorientierten Steuerungsmodell wider. Dabei wird das Umdefinieren des Interaktionsverhältnisses zwischen KlientIn und SozialarbeiterIn/SozialpädagogIn in ein Produkt als irreführend erlebt und darauf hingewiesen, dass Erfolg bzw. Misserfolg eines Hilfe- oder Bildungsprozesses nicht allein von der Qualität der fachlichen Intervention, sondern in hohem Maße von dem Gegenüber abhängt (vgl. dazu auch Trube 2001 51f; Speck 1999, 35-36).

Ein/e in der Fremdunterbringung tätige Sozialpädagoge/in schildert das persönliche Unbehagen mit den Messbarkeitsvorgaben des Controllings und sieht Qualitäten der Sozialen Arbeit nicht abgebildet:

„Also ich tu mich immer schwer mit Qualität sichernden Maßnahmen, weil das heißt, Stunden einzusparen, also das versteh ich darunter, oder ich habe den Eindruck, das wird unter Qualitätssicherung verstanden. Wenn es darum gehen würde, was bräuchte eine bestimmte Familie, was bräuchte ein bestimmtes Kind, dann geht es an Qualitätssicherung vorbei. [...] Wie kann man in der Sozialarbeit Qualität kontrollieren? [...] Was ist Qualität in der Sozialarbeit? (...) respektvoller, würdevoller Umgang mit den Eltern und mit den Kindern natürlich, und natürlich auch mit den MitarbeiterInnen. Das hat keinen Sinn, wenn sie alle ausgepowert sind – da kann ich nicht unterstützend tätig werden.“ (zit. nach Strahner et al 2006, 28)

Aus der Perspektive von MitarbeiterInnen sozialer Organisationen zeigt sich u. E. häufig, dass fachliche Differenzierungen in ihren sehr unterschiedlichen Handlungskontexten nur sehr schwierig Hierarchie überschreitend vermittelt werden können. Meist liegen die Auswahl, Bestimmung und Gewichtung der Kriterien zur Bewertung fachlichen Arbeitens außerhalb ihrer Zuständigkeit. (vgl. Ranftler et al.

2006, 15f; Strahner et al. 2006, 27f; Wolfgruber et al. 2006, 28f; Emprechtinger et al. 2007, 33, 36) Ein/e leitende Sozialarbeiter/in in einem *Wiener Sozialzentrum* beurteilt Maßnahmen der Qualitätsentwicklung ambivalenter, indem sie festhält, dass eine Qualitätssicherung

„für eine Steuerung [...] der ganzen Organisation natürlich zuträglich ist, weil ich transparente Abläufe habe, weil ich damit die einzelnen Organisationseinheiten deutlich besser vergleichen kann. [...] Die Sozialarbeit [ist] [...] von Haus aus [...] eine sehr flexible Zunft, die eben auf jeden Einzelnen auch irgendwo reagieren können muss. Das soll es ja auch sein und das steht natürlich in einem [...] Reibungsverhältnis zu der Richtung Standardisierung.“ (zit. nach Emprechtinger et al. 2007, 35)

Es wird deutlich, dass im hybriden Qualitätsbegriff die unterschiedlichen Perspektiven einer fachlich selbstbestimmten und einer ökonomisch fremdbestimmten Qualität aufeinander treffen. Das Qualitätsmanagement nimmt im Rahmen der neuen Steuerungsmodelle und bei der Ökonomisierung der Sozialen Arbeit eine Schlüsselposition ein, da dort über Leistungs- und Prozessbeschreibungen zunächst „Kerntätigkeiten“ (nicht inhaltlich-fachliche Aspekte des Handelns) identifiziert, detailliert und kategorisiert werden, was vom Fachpersonal oft als Orientierung gebend positiv unterstützt wird. Diese Kerntätigkeiten bzw. „Produkte“ werden dann im zweiten Schritt - der sogenannten Budgetierung - Zeitressourcen und Personalstunden zugeordnet. In einem dritten Schritt wird über das sogenannte „operative Controlling“ und das Berichtswesen als eine festgelegte Dokumentationspraxis die Erbringung der Organisationsleistungen überprüft. Im Rahmen des „strategischen Controllings“ - ein Schritt, der organisationsintern kaum reflektiert wird - werden dann die notwendigerweise quantitativ ausgerichteten Kategorien organisationsübergreifend gegenübergestellt und verglichen. (vgl. dazu auch Bakic/Diebäcker/Hammer 2007^b; Trube 2001)

Unter einer Ökonomisierungsperspektive zeigt sich, dass die Ausrichtung staatlicher Stellen auf eine betriebswirtschaftlich inspirierte und quantifizierende Messbarkeit Sozialer Arbeit die wesentliche Voraussetzung ist, einerseits einzelne Leistungen einer Organisation aus budgetären Gründen zu beschneiden und andererseits über Vergleiche verschiedener Organisationen Konkurrenzierungen und Kostensenkungen zu ermöglichen. Um Aufträge und Tätigkeiten Sozialer Arbeit jederzeit flexibel „zukaufen“ bzw. „abstoßen“ zu können, sind kurzfristige Förder- bzw. Leistungsverträge eine Grundvoraussetzung.

Es wird deutlich, dass die Herstellungslogik und Outputorientierung in der Sozialen Arbeit mit einem Fokus auf Messbarkeit und Standardisierung einhergeht und ihre spezifischen Qualitäten nicht abgebildet werden. Dabei zeigt sich, dass der Qualitätsbegriff aufgrund seiner verschleiernenden Hybridität als diskursive „Lanze“ für das Eindringen ökonomisierter Logiken in die Organisationen fungiert. Instrumente der Neuen Steuerungsmodelle wirken als Mechanismen zur Einführung und Durchsetzung betriebswirtschaftlicher Logiken in Organisationen Sozialer Arbeit, wobei diese Widersprüchlichkeit zwischen ökonomischen und fachlichen Kriterien insbesondere auf der konkreten Handlungsebene von MitarbeiterInnen sichtbar wird und dort kaum auflösbar zu sein scheint. Vielmehr ist aufgrund struktureller Bedingungen und hierarchiebedingter geringer Handlungsspielräume die Unterordnung fachlicher Ansprüche zu diagnostizieren.

3. Sinkende Zeitressourcen - wachsender Dokumentationsaufwand: Die Verdichtung beruflicher Handlungskontexte

Die Soziale Arbeit in Wien ist mit erheblichen zeitökonomischen Problemen konfrontiert – laut zahlreichen Stellungnahmen von MitarbeiterInnen sozialer Einrichtungen ist diesbezüglich von einer ansteigenden Tendenz auszugehen. Im Wesentlichen können dafür zwei Ursachen verantwortlich gemacht werden:

Erstens sind soziale Einrichtungen in den meisten Handlungsfeldern mit steigenden KlientInnenzahlen bei überwiegend gleich bleibenden bzw. sinkenden Personalressourcen konfrontiert. Es ist davon auszugehen, dass die in der KlientInnenarbeit zur Verfügung stehenden Zeitressourcen je KlientIn deutlich gesunken sind. Teilweise wird von MitarbeiterInnen auf verschärfte soziale Problemlagen und damit verbunden auf komplexere „Multi-Problemlagen“ bei KlientInnen hingewiesen, wofür aktuell ein dringend zusätzlicher Zeitbedarf von Beschäftigten eingefordert wird (vgl. Wolfgruber et al. 2006; Ranftler et al. 2006; Strahner et al. 2006).⁵

Die Auswirkungen maximaler Auslastung werden handlungsfeldübergreifend von MitarbeiterInnen in hohem Maße als deprofessionalisierend erlebt. Exemplarisch schildert ein/e Sozialpädagoge/in eines *Wiener Krisenzentrums der MAG ELF* Auswirkungen von Überbelegungen auf das fachliche Arbeiten:

„(...) weil wir als Dienstauftrag in einen Überstand gehen. Weil wenn's mehr Kinder gibt, dann legen wir halt Matratzen auf den Boden, wo ich persönlich meine, das hat direkte Auswirkungen auf all die Geschichten. Wie ernst genommen werd ich? Was bin ich wert? Hab ich ein Bett hier, hab ich kein Bett. Also wenn sich die Situation anspannt, bleibt weniger Zeit für den Einzelnen, das jeweilige Kind. Da ändert sich wahrscheinlich auch der Stil des Umgangs.“ (zit. nach Strahner et al. 2006, 26)

Zweitens wird von MitarbeiterInnen sozialer Organisationen ein anwachsender Dokumentationsaufwand konstatiert, der häufig als belastend und zeitaufwendig erlebt wird. Laut Mayrhofer/Raab-Steiner (2007, 85) beansprucht der durchschnittliche Dokumentations- und Verwaltungsaufwand derzeit rund 1/5 der Zeitressourcen von SozialarbeiterInnen, wobei hier je nach Handlungsfeld und Finanzierungssituation der einzelnen Einrichtung Unterschiede bestehen, wie Bauer et al. (2008, 23; 83; 111f) beispielsweise für die Einrichtungen *Wiener Interventionsstelle gegen Gewalt in der Familie*, *LEFÖ* und *Neunerhaus* nachweisen. Der Dokumentationsaufwand im *Wiener Amt für Jugend und Familie* soll nach Aussagen von MitarbeiterInnen in den letzten Jahren von 20 auf 40 bis 50 Prozent angestiegen sein.

Eine Mitarbeiterin der *Beratungsstelle des „Vereins Wiener Frauenhäuser* betont, dass der zeitliche Mehraufwand der permanenten Dokumentation zudem zu Lasten der KlientInnen geht:

„Also im Endeffekt wird ja dann alles davon [von der KlientInnenarbeit, Anm.] abgezwickelt. Und das macht es schon anstrengend, dass der administrative Teil immer mehr wächst (...) auch je nachdem wie viele GeldgeberInnen wir dann haben, desto schwieriger wird es dann natürlich auch, wenn wir für jede einzelne dokumentieren müssen (...).“ (zit. nach Wolfgruber et al. 2006, 21)

In der Frauenberatungsstelle wird kritisiert, dass die Neustrukturierung des Berichtswesens in Form der angeforderten Dokumentationskriterien „*einen deutlichen Qualitätsunterschied (im Sinne eines inhaltlichen Qualitätsverlusts, Anm. der AutorInnen) zu inhaltlichen Diskussionen, welche früher geführt wurden*“ aufwies und zudem eine Bezugnahme auf den frauenspezifischen Kontexten sowie den Gewaltkontext vermissen ließen. Die zuvor intern durchgeführten Dokumentationen und Evaluierungen dienten der Erweiterung der eigenen Fachlichkeit, während nun die Erfüllung einer Fachlichkeit nach quantitativen Kriterien im Auftrag der Finanziers und Behörden erfolgt, d.h. „*die Qualität zieldefiniert zu machen, um überprüfen zu können, ob die Ziele auch erreicht wurden.*“ Als positiver Effekt wird hingegen eine vermehrte „Verschriftlichung“ der eigenen Tätigkeit angeführt, die als Orientierung gebend bezeichnet werden. (vgl. Wolfgruber et al. 2006, 29)

Die qualitative Entwicklung der Dokumentation wird von den Beschäftigten sozialer Organisationen durchaus differenziert betrachtet und unterschiedlich bewertet wird. Während ein Teil der SozialarbeiterInnen betont, dass die Falldokumentation in der Vergangenheit fachlich professionell gewesen sei, sind andere der Ansicht, dass die Art und Weise des Festhaltens von Fallverläufen sich inzwischen positiv weiterentwickelt hätte. In der *Wiener Interventionsstelle gegen Gewalt in der Familie* wird betont, dass die umfangreiche Dokumentation einerseits der politischen Legitimation diene, aber andererseits auch für das politisch-öffentliche Handeln sowie für die KlientInnenarbeit von zentraler Bedeutung sei (Bauer et al. 2008, 23). Ähnlich wird in der Wohnungsloseneinrichtung *NeunerHaus* der erhöhte Dokumentationsaufwand beurteilt, der von einem/r Mitarbeiter/in auf ein Drittel der Arbeitszeit geschätzt wird, wenn das Spannungsfeld zwischen betriebswirtschaftlicher Steuerung der/des Fördergeberin/s und einer fachlich-politisch sinnvollen Dokumentation problematisiert wird:

„Ich sehe da einerseits eine Chance und andererseits stellt sich natürlich immer diese Frage der Kontrolle und auch dieses steuern wollen und das ist immer so die Frage: geht es nur ums Geld oder geht es um Inhalte“ (zit. nach Bauer et al. 2008, 112)

Aus unserer Perspektive sind viele Handlungskontexte Sozialer Arbeit von einem Verlust zeitlicher Ressourcen und einer erheblichen Verdichtung des Berufsalltags gekennzeichnet, die insbesondere die Interaktions- oder Beziehungsverhältnisse zwischen SozialarbeiterInnen und KlientInnen negativ beeinträchtigen. Die in vielen Bereichen ansteigenden Fallzahlen und das von FördergeberInnen eingeforderte - oftmals rein quantitativ ausgerichtete - Dokumentations- und Berichtswesen stellen zwei wesentliche Faktoren in diesem Prozess dar.

4. Beschleunigung – Quoten - Formalisierung: Die Bürokratisierung Sozialer Arbeit

In Handlungsfeldern der Sozialen Arbeit scheint auch eine zunehmende Formalisierung der Arbeit mit Klientinnen feststellbar, die nicht nur den gewachsenen Erhebungs- und Dokumentationspflichten geschuldet ist, sondern einem angestiegenen legislativen Kontroll- und Überprüfungsbedarf entspringt, die per staatlichem Auftrag prioritär abgewickelt werden müssen. Damit gewinnen unter zunehmendem Zeitdruck „sozialverwalterische“ gegenüber sozialberaterischen

Tätigkeiten an Dominanz, wie ein/e Sozialarbeiter/in, der/die in der Grundversorgung und Sozialberatung von AsylbewerberInnen tätig ist, eindrucksvoll schildert:

„Die Realität ist alle halbe Stunde ein Klient, bis der kommt, bis alle Dokumente unterschrieben sind, bis alles überprüft ist, bis er das Geld hat, bis man von der Kassa wieder zurück ist, ist eine Viertelstunde weg, locker, Viertelstunde, manchmal 20 Minuten, bleibt 10-15 Minuten für Beratung oder kurze Fragen und das finde ich einfach zu kurz. [...] Trotzdem versuch ich dann zu sagen, die Arbeit am Menschen, mit dem Menschen steht im Vordergrund und ich schau was in meiner Machbarkeit ist, noch Sozialarbeiterin zu sein und nicht zwischen Beamtin- und Postmannstuhl hin und her zu sitzen, das versuch ich.“ (zit. nach Ranftler et al. 2006, 21)

SozialarbeiterInnen und SozialpädagogInnen beschreiben handlungsfeldübergreifend Tendenzen der Verdichtung und Beschleunigung, die die fachliche Arbeit einschneidend verändern. Dabei wird u.a. der höhere Druck, Kontakte und Gespräche mit KlientInnen zu verkürzen, Interaktionen auf spezifische Zielgruppen zu begrenzen oder Begleitungen auf kürzere Zeiträume zu reduzieren als ethische Belastung empfunden. (vgl. Krieger et al. 2007, 36-38; Wolfgruber et al. 2006, 24f; Emprechtinger et al 2007, 22; Strahner 2006, 22f, 24f) So schildert beispielsweise ein/e Mitarbeiter/in von *Streetwork am Karlsplatz*, dass ein aktiver Kontakt- und Beziehungsaufbau, der als wesentliches Erfolgselement in der Sucht- und Drogenarbeit verstanden wird, nur mehr selten möglich ist:

„Durch kürzere Interventionen ist es jetzt ein bisschen mehr selektives Arbeiten, sag ich einmal. Wir haben früher sicher prozentuell einen höheren Teil der Drogenszene erreicht, im Sinne von, wir hatten mit denen eine Vertrauensbasis oder Kontakt, so dass wir zumindest den Namen kennen. In Prozent ist es zurückgegangen, einfach durch den großen Andrang. [...] Aber dieser aktive Kontaktaufbau, den wir haben und der halt typisch ist für Streetwork oder unsere Stelle, das wird halt selektiver. (vgl. Krieger et al. 2007, 36)

Bei der Ursachenanalyse stellte sich heraus, dass in vielen Handlungsfeldern die Leistungsvorgaben über einer Erfüllungsquote durch die beauftragenden staatlichen bzw. teilprivatisierten Stellen erfolgen und dieser Druck dann organisationsintern auf niedrigere Hierarchieebenen oder auf die individuelle Handlungsebene einzelner MitarbeiterInnen weitergeleitet wird. Dabei sind formalen Zielvorgaben und Quoten nicht nur im wettbewerbsstrukturierten und vom AMS geförderten arbeitsmarktpolitischen Qualifizierungsbereich von zentraler Bedeutung (vgl. Jöbstl-Arbeiter 2007, 26-28), sondern auch innerhalb der hoheitlichen Verwaltung ein wichtiges Erfolgskriterium. Beispielsweise führt Konrad Hofer (2003, 48) anhand der sogenannten „Heimreform 2000“ in der Kinder und Jugendhilfe aus, dass für die Rückführung von Minderjährigen in die Herkunftsfamilie die Rückführungsquote von rund zwei Drittel auf „eine Rückführungsquote von 85 Prozent“ gesteigert werden sollte, was das sozialpädagogische Team in einem Krisenzentrum als hohen Druck verspürt.

Unseres Erachtens sind im Feld der Sozialen Arbeit erhebliche Verdichtungs- und Beschleunigungstendenzen erkennbar, die zu einer Dominanz von Verwaltungshandeln im aktivierenden Sozialstaat führt. Während im historischen Rückblick Soziale Arbeit im keynesianischen Wohlfahrtsstaat der Nachkriegszeit durch Abkopplungstendenzen professioneller von bürokratischen Handlungslogiken

gekennzeichnet war und eine fachlich-professionelle Entwicklung Sozialer Arbeit ermöglichte, ist unter Effizienzdruck und der „Quote“ als Ausdruck des aktivierenden Sozialstaats eine wieder stärkere Verschränkung der beiden Handlungslogiken zu beobachten (vgl. Bakic/Diebäcker/Hammer 2007; Hammer 2008). Dabei scheint sich „ökonomisiertes“ Verwaltungshandeln nicht nur über öffentlich-rechtliche und privatrechtliche Kontrakte zu vollziehen, sondern auch durch organisationsinterne Regeln, Richtlinien und Handlungsanweisungen mit denen betriebswirtschaftliche Logiken und Mechanismen durchgesetzt werden. Es zeigt sich unserer Meinung auch, dass die systematische Verdichtung und Beschleunigung des sozialarbeiterischen Berufsalltags die Unterordnung fachlicher Prinzipien wesentlich mit verursacht.

5. Effektivierung – Funktionsmischungen. Die Unterordnung fachlicher Prinzipien

Wesentliche Zielsetzungen der neuen Steuerungsmodelle sind u. a. die traditionelle Trennung von Fach- und Ressourcenverantwortung in der Verwaltung zusammenzuführen und Entscheidungen zur „bürgerInnen-nahen“ fachlichen Problemlösungskompetenz der MitarbeiterInnen zu delegieren (vgl. Trube 2001, 41-42). Dabei wird aber auch die Verantwortung für die Ergebnisse der sozialarbeiterischen Interventionen auf die MitarbeiterInnenebene verlagert - also politische und ökonomische Verantwortung sozialstaatlichen Handelns unteren Hierarchien übertragen und ihnen individuell zugerechnet.

In der Praxis entpuppen sich diese Ziele, die unter dem Deckmantel der Dezentralisierung vermittelt werden, insbesondere aufgrund der Deckelung bzw. Kürzung von finanziellen Mitteln und den damit verbundenen fehlenden Handlungsspielräumen in hohem Maße als demotivierend. Insbesondere bei der Zusammenführung von prüfenden Verwaltungstätigkeiten und sozialarbeiterischen /sozialpädagogischen Beratungs-, Begleitungs- oder Betreuungsaufgaben scheinen fachliche Prinzipien der Sozialen Arbeit, die wenig operationalisierbar und an eine technokratische Herstellungslogik kaum anschlussfähig sind, an Bedeutung zu verlieren.

Mit der Umstrukturierung des Wiener Sozialhilfevollzugs seit 1999 wurde in den *Sozialzentren der Stadt Wien* die in Außenstellen dezentralisierte Sozialarbeit mit den anspruchsprüfenden Sozialreferaten zusammengelegt, was für die Sozialarbeit eine Zentralisierung bedeutete und zu einer „Effektivierung“ ihrer Angebote führen sollte. Ein/e Sozialarbeiter/in schildert die gegenwärtige Situation folgendermaßen:

„Es ist die Konzentration aufs Finanzielle immer stärker und [...] auch weil das eine Menge ist, die zeitweise nicht wirklich packbar ist. [...] [Man] vergisst, dass man da Leute sitzen hat, die man noch was fragen muss und sagt dann nur ‚Geburtsurkunde, Staatsbürgerschaftsnachweis‘ - und das ist ja keine Sozialarbeit“ (zitiert nach Emprechtinger et al. 2007, 26, 28)

Mit der Zusammenlegung der Berufsgruppen in Sozialzentren waren „dann auch Auffassungsunterschiede, wer fallführend ist und wer letztendlich das Sagen hat“ (Emprechtinger et al. 2007, 30) verbunden. Mit einer stärkeren Funktionsmischung von fachlichen Leistungen der SozialarbeiterInnen und Anspruch prüfenden Tätigkeiten von SozialreferentInnen bei sich gleichzeitig verschlechternden Rahmenbedingungen (z.B. gestiegene Fallzahlen und unter dem Druck begrenzter

Budgets), stellt sich die sogenannte „Spezialisierung auf Kernkompetenzen“ als fachliche Verlustanzeige dar.

Ähnlich die Entwicklung im *Asylzentrum der Caritas Wien*, in dem sich mit der Übernahme der Grundversorgung für AsylbewerberInnen Anspruch prüfende mit beraterischen Tätigkeiten im Aufgabenbereich einer SozialberaterIn verbanden. Aus Sicht von MitarbeiterInnen ist die Sozialberatung – ähnlich wie im Sozialzentrum – von einer zunehmenden Formalisierung und „Bürokratisierung“ der Arbeitsprozesse begleitet, die mit erheblichem Zeitaufwand verbunden ist und von allen als belastend wahrgenommen wird (vgl. Protokoll AG2, 31.05.2006, 2f ; Ranftler 2006, 8-9)

Ein/e Sozialarbeiter/in weist auch auf Auswirkungen auf das Beziehungsverhältnis zu KlientInnen hin:

„Es ist vielleicht auch für die KlientInnen nicht so einfach, weil sie das spüren, dass diese „Bürokratiehürde“ zwischen der Beratung und Betreuung steht, zwischen Sozialarbeiter und Klient.“ (IV 1, 11)

Die unterschiedlichen Funktionen, die mit der Anspruchsprüfung und der Sozialberatung verbunden sind, münden in einen Rollenkonflikt, bei dem das existentiell-materielle Bedürfnis des/der Klienten/in und die damit verbundene strategische Ausrichtung an der Anspruchsprüfung dominiert, aber einem offenen, verstehenden Zugang eines wenig konditionierten und hilfeorientierten Beratungsgesprächs entgegen steht.

Die unter Effektivitätsbestrebungen zunehmend eingeführte Zusammenlegung von fachlichen und finanziellen Ressourcen bei gleichzeitiger Delegation von Verantwortung auf untere Hierarchieebenen, die den Handlungskontext der Sozialen Arbeit begründen, hat für die Soziale Arbeit weitreichende deprofessionalisierende Folgen. Die politisch beabsichtigte und als „Bürgernähe“ oder „Serviceorientierung“ vermittelte Dezentralisierung eines „kooperativen Staates“ kann u.a. als sozialstaatliche Delegation kollektiver Verantwortung auf die Handlungsebene personenbezogener Sozialer Arbeit verstanden werden. Dabei kann Soziale Arbeit nicht nur als Individualisierungstendenz eines aktivierenden Sozialstaates gelesen werden - gekennzeichnet von einer zunehmend einseitigen Orientierung am Kontroll- und Disziplinierungsaspekt - sondern sie wird durch den Mechanismus der Funktionsmischungen auch dem Primat von ökonomischer Effizienz- oder Effektivitätsorientierung unterstellt und damit fachlichen Prinzipien sowie einer professionsethischen oder politischen Parteinahme für gesellschaftlich benachteiligte Gruppen entledigt.

6. Differenzierung - Selektion – Ausgrenzung: Zu Ausschließungs- und Stigmatisierungstendenzen von KlientInnen Sozialer Arbeit

Der gegenwärtige Druck zum kostengünstigsten bzw. wettbewerbsfähigsten Angebot lässt Effizienzsteigerungen in der Sozialen Arbeit als nicht abwendbare Notwendigkeit erscheinen. Aus der Perspektive von MitarbeiterInnen sozialer Organisationen stellt sich diese Situation als Sachzwang dar, dem in vielen Feldern trotz Anstrengungen und Leistungssteigerungen Sozialer Arbeit ein überwiegend wachsender Bedarf von KlientInnen entgegensteht, dem nicht entsprochen werden kann. Für viele MitarbeiterInnen stellen dabei die geringeren Zeitressourcen in der

Beratung, Begleitung und Betreuung von KlientInnen eine schwer zu bewältigende Herausforderung dar.

Gerade die Situation über die Verteilung ihrer persönlich begrenzten Ressourcen tagtäglich entscheiden zu müssen und in den Interaktionen oftmals den Bedürfnissen von KlientInnen nicht entsprechen zu können, stellt für SozialarbeiterInnen bzw. SozialpädagogInnen ein nicht auflösbares Dilemma dar, zumal der ethisch-professionelle Anspruch in der Regel hoch ist. In dieser Situation entlasten vertraglich festgelegte Einschränkungen der Tätigkeiten oder interne Richtlinien wenig, denn der individuelle Akt der Differenzierung, welchem/r Klient/in mit Unterstützung geholfen oder eben nicht geholfen werden kann, liegt bei dem/der einzelnen Mitarbeiter/in und ist damit in einem hohen Maße individualisiert.

Ein/e Mitarbeiter/in des *Asylzentrums* betont, das sie sich ihren veränderten Arbeitsalltag ja nicht selber ausgesucht habe und grenzt dabei Sozialarbeit von ihrem gegenwärtigen beruflichen Alltag ab:

„...weil man als Sozialarbeiter lieber hilft, mit anpackt [...]. Das ist mein Job, ich will helfen und um das geht es und nicht um diese ganze Kontrolle.“ (zit. nach Ranftler et al 2006, 26)

Ein/e Sozialarbeiter/in eines *Wiener Sozialzentrums* verweist auf die geringen Personalressourcen und den damit verbundenen Rückzugstendenzen der Sozialarbeit:

„Sobald irgendwer anderer dran ist, Hände weg. Und sobald kein Sozialhilfeanspruch da ist, ist auch eher gewünscht, dass man nicht längere Betreuung macht oder Beratungen. Man versucht das sehr einzuengen, wenn Personalressourcen knapp sind [...] Da merk ich dann bei mir, dass ich gewisse Dinge, die mir im Gespräch auffallen nicht anspreche, weil ich mir denke, ich kann's nicht anbieten [z.B. ein Folgegespräch (Anm. d. Verf.)]. Das haben wir gelernt in den letzten Jahren, auch wegzuhören.“ (zit. nach Emprechtinger et al 2007, 40, 29)

Mit diesem Druck zur Differenzierung der (vordergründig dringlichen) Bedarfslagen von KlientInnen, der Priorisierung der eigenen beruflichen Tätigkeiten und der damit verbundenen Selektion zwischen KlientInnen, stellt sich die Frage nach den Entscheidungskriterien die dabei herangezogen werden. Es zeigt sich, dass zum Teil Fallverläufe prognostiziert oder diagnostiziert werden, in der Hoffnung einschätzen zu können, ob die Intervention „erfolgversprechend“ im Sinne einer schnellen Veränderung der Lebensführung des/der KlientIn sein wird. Das *Asylzentrum der Caritas Wien* wiederum hat organisationsinterne Richtlinien festgelegt, vermutlich auch um MitarbeiterInnen in ihren Ermessensspielräumen zu entlasten, in dem es sich gezwungen sieht Asylwerberinnen in zwei Schritten zu differenzieren:

„Das Erstgesprächsangebot bzw. die Möglichkeit zur Abklärung der individuellen Situation richtet sich an alle KlientInnen. Weiterreichende, differenzierte Beratung erfolgt nach der Abklärung der Perspektiven für den konkreten Fall und kann auf Grund der hohen Klientenzahlen an unserer Stelle nicht allen KlientInnen zuteil werden.[...] Intensivere Beratung und Betreuung wird nach Abklärung des Einzelfalls jenen AsylbewerberInnen angeboten, die Asylgründe nach der GFK oder andere

Integrationschancen haben. Darüber hinaus anerkannten Konventionsflüchtlingen und Refoulementgeschützten.“ (vgl. Caritas Wien 2004,, 4-5)

Aufgrund von Ressourcenmangel und ähnlichen Überbelastungen in der Wiener Sozialhilfe wurden auch für die Soziale Arbeit in den Sozialzentren allgemeine Selektionskriterien diskutiert: So wurde angesichts der Unbewältigbarkeit der hohen Anzahl an AntragstellerInnen dort zeitweilig in Erwägung gezogen, die Sozialberatung auf bestimmte KlientInnengruppen, z.B. auf frühe Lebensphasen von Menschen zu konzentrieren, was aber nicht umgesetzt wurde. (vgl. Emprechtinger et al. 2007, 40)

Unabhängig der jeweiligen staatlichen, institutionellen oder individuellen Kriterien kommt es zunehmend zu Ausgrenzungsprozessen von KlientInnen. Dieser „Creaming Effekt“ wird im Rahmen einer aktivierenden Arbeitsmarktpolitik bereits kritisch diskutiert, trifft unter ökonomisierten Bedingungen andere sozialarbeiterische Handlungsfelder in ähnlicher Weise. Dabei werden KlientInnen häufig in „gute“, „passfähige“ und „erfolgreiche“ oder „schlechte“, „nicht passende“ und „gescheiterte“ Personengruppen differenziert. Verbunden mit einem hohen Quotendruck sind es oft gerade die stärker benachteiligten KlientInnengruppen, denen die Unterstützung versagt wird.

MitarbeiterInnen sozialer Organisationen sind gegenwärtig in ihrem Arbeitsalltag gefordert, möglichst schnelle Differenzierungen der KlientInnen zu bewerkstelligen. Elisabeth Hammer und Marc Diebäcker (2008, 65) haben darauf hingewiesen, dass in dieser Zwangslage SozialarbeiterInnen Gefahr laufen auf eigene (möglicherweise moralisierende) Norm- und Wertvorstellungen zurückzugreifen, die auch gegenläufig zu professionellen Grundhaltungen liegen können. Angesichts der Hegemonie neoliberalen Denkens und weit verbreiteter ökonomistischer Einstellungen kann dieser Rückgriff durchaus an Normen und Werte des Managerialismus und des „homo oeconomicus“ angelehnt sein. Wenn beispielsweise Johannes Kellner (2006) nachweist, dass Schlüsselbegriffe des Ökonomisierungsdiskurses wie New Public Management, Dienstleistung, Qualität, Kundin und Kunde, (Sozial)Management und Aktivierung im österreichischen Fachdiskurs stark vertreten sind, vermuten wir, dass teilweise auch von SozialarbeiterInnen im KlientInnenkontakt ökonomistische Maßstäbe wie Selbstverantwortung, Aktivität, Effizienz und Produktivität betont und negativ bewertete Ausprägungen wie Passivität, Ineffizienz oder Unproduktivität als Kategorien der Diskreditierung und Stigmatisierung angewendet werden. Wird den Ergebnissen von Wilhelm Heitmeyer und Kirsten Endrikat (2008) gefolgt, dass in unteren sozialen Lagen ökonomistische Einstellungen und Nutzenkalküle noch stärker vertreten sind als in höheren sozialen Lagen, ist für den Interaktionskontext davon auszugehen, dass diese Wertvorstellungen

„oft auf Akzeptanz (statt Widerstand) bei KlientInnen treffen. Diese Haltung von KlientInnen kann auch als Form des Umgangs mit erfahrener Stigmatisierung verstanden werden. Distinktion wird dann zum Mittel, um ‚die ganze Härte des auferlegten Stigmas ein wenig abzufedern, indem man eine Distanz zwischen sich selbst und diejenigen legt, auf welche die negativen Stereotypen zutreffen‘ (Maeder/Nadai 2004: 143).“ (vgl. Hammer/Diebäcker 2008, 65)

7. Die Deprofessionalisierung Sozialer Arbeit als Legitimationsproblem des lokalen Staates

Die skizzierten Deprofessionalisierungstendenzen Sozialer Arbeit sind weitgehend und vielschichtig. Angesichts der gegenwärtigen Herausforderungen sind Wege einer alternativen Handlungspraxis für eine Profession, die sich der persönlichen und gesellschaftlichen Emanzipation von benachteiligten Individuen oder Gruppen verpflichtet fühlt, schwer zu bestimmen.

Unsere Auswertung zeigt, dass SozialarbeiterInnen und SozialpädagogInnen die veränderten Bedingungen und Steuerungsmechanismen in ihren Einrichtungen durchaus wahrnehmen und damit einen weitgehenden Verlust ihrer fachlichen Möglichkeiten verbinden. Dabei haben sich Ökonomisierungstendenzen mit ihren technokratischen Herstellungs- und Effizienzlogiken in den sozialen Organisationen auf allen Ebenen manifestiert und treffen dort in der Regel auf eine professionelle Fachlichkeit der MitarbeiterInnen, die sich einem fachfremden und häufig betriebswirtschaftlichen Zugang Sozialer Arbeit verschließen. Insbesondere der Druck einen offenen, verstehenden und ganzheitlichen Zugang den KlientInnen gegenüber aufgeben zu müssen oder im Arbeitsalltag zum Teil selbst die Differenzierung und Ausschließung von KlientInnen mittragen zu müssen, stellt für viele MitarbeiterInnen aufgrund ihrer ethisch-professionellen Haltung ein unerträgliches „Spagat“ dar.

Unsere Ergebnisse zeigen auch, dass aufgrund von Hierarchisierungs- und Standardisierungsprozessen, Effektivierungsansprüchen und Funktionsmischungen sowie aufgrund der Beschleunigung, Verdichtung und Bürokratisierung des Arbeitsalltags, der Vereinzelung der MitarbeiterInnen Vorschub geleistet wird. Viele Befragte stellen heraus, dass Supervision, Fortbildung und informelle Formen des Austausches wesentliche Voraussetzungen sind, um eine qualitätsvolle Arbeit sicherzustellen sowie die fachliche Weiterentwicklung der Sozialen Arbeit zu gewährleisten (vgl. z.B. Krieger et al. 2007, 31; Ranftler et al. 2006, 23-25; Wolfgruber et al. 2006, 24-27). Während also die Bedeutung von Kollektivierungsmöglichkeiten im Hinblick auf die Qualität des beruflichen Handelns mit KlientInnen immer wieder betont wird, scheint die Relevanz kollektiven Handelns zur Verbesserung der eigenen Arbeitsbedingungen deutlich weniger Beachtung zu finden. Ein politisch-strategisches Verständnis sich innerhalb und außerhalb der jeweiligen Einrichtung zu organisieren, um den Ökonomisierungstendenzen und einer durchaus problematisierten Neuausrichtung Sozialer Arbeit zu begegnen, scheint offensichtlich weniger Priorität zu genießen. Auf der einen Seite ist dies sicherlich auf die schwierigen Bedingungen Sozialer Arbeit sowie auf mangelnde Alternativen politischer Organisation in und außerhalb der jeweiligen Einrichtung zurückzuführen. Auf der anderen Seite glauben wir dies aber teilweise auch auf ein Selbstbild Sozialer Arbeit zurückführen zu können, welches auf methodische Fragen und auf Interaktionskontexte der Mikroebene fokussiert und dabei Bezüge und Entwicklungen auf Meso- und Makroebene vernachlässigt – gesellschaftliche bzw. staatliche Transformationen sowie ihre Bedeutung für die Soziale Arbeit also nicht in den Blick genommen werden.

Letztlich möchten wir darauf hinweisen, dass der neoliberal inspirierte lokale Staat - in Wien und auch anderswo - durch das Vermarkten sozialstaatlicher Leistungen und das Propagieren bzw. Durchsetzen betriebswirtschaftlicher Effizienz, durch ein rigides bürokratisches Kontrollregiment oder durch die kontinuierliche Flexibilisierung und Überbelastung „seines“ sozialarbeiterischen oder sozialpädagogischen

Personals zu seiner eigenen Delegitimierung und Fragmentierung beiträgt. Bezugnehmend auf Richard Sennet (2005, 52-59) können dabei drei soziale Defizite ausgemacht werden, die das institutionelle Gefüge „Staat“ destabilisieren: Erstens schwächen die gegenwärtigen Umstrukturierungen die Loyalitäten der Beschäftigten in den verschiedenen Einrichtungen und damit auch deren Loyalität zum lokalen Sozialstaat als bedeutende Instanz gesellschaftlicher und sozialer Integration. Zweitens produziert der Staat im Wechselspiel mit den „abhängigen“ Einrichtungen durch das Erhöhen des Arbeitsdrucks und der Verknappung der Zeit einen „radikalen Rückgang des informellen Vertrauens“ (Sennet 2005, 56), der Zusammenhalt unter den MitarbeiterInnen wird geschädigt und damit die Instabilität der Organisation sowie des staatlich-institutionellen Netzwerkes vorangetrieben. Dies führt drittens auch dazu, dass der Staat einen Teil seines institutionellen Wissens verliert und dieses damit nicht mehr für staatliches Handeln nutzbar ist. Der Verlust der fachlichen Möglichkeiten Sozialer Arbeit bedeutet aus diesem Blickwinkel also auch, dass das spezifische Wissen der Lebensführung von Menschen in komplexen Lebenssituationen nicht mehr sichtbar wird und die Kontakte zu den Lebenswelten diverser Bevölkerungsgruppen abreißen.

Der durch eine ökonomisierte Politik hervorgerufene Legitimationsdruck Sozialer Arbeit wird letztendlich zum Legitimationsproblem eines zunehmend desintegrierenden und Ausschließung verwaltenden Wohlfahrtsstaat, wenn er zahlreichen und vielfältigen Bevölkerungsgruppen keine soziale Sicherheit und Perspektiven gesellschaftlicher Integration ohne Zwang vermitteln und sein Bemühen um die Wiederherstellung persönlicher Integrität und Autonomie, z.B. über Soziale Arbeit, nicht mehr glaubhaft anbieten kann.

Verweise

¹ Pierre Bourdieu et al. (2002[1993]) schildern in „Das Elend der Welt. Zeugnisse und Diagnosen alltäglichen Leidens an der Gesellschaft“, dass die „Abdankung des Staates“ die Soziale Arbeit vor eine „unlösbare Aufgabe“ stellt. Die Ökonomisierung der Sozialen Arbeit verstärkt nicht nur das Leiden der Beschäftigten in den sozialen Einrichtungen, sondern führt möglicherweise zum „Abdanken der Sozialen Arbeit“.

² Das Projekt wurde vom Kompetenzzentrum für Soziale Arbeit GmbH der FH Campus Wien durchgeführt und war Teil der EQUAL-EntwicklungspartnerInnenenschaft „DONAU – Quality in Inclusion“. Informationen, Veranstaltungen und Dokumente stehen auf www.sozialearbeit.at und <http://www.donau-quality.at> zur Verfügung. Ziel des DONAU-Gesamtprojekts war es, Qualitätskriterien für den Bereich Sozialarbeit zu erarbeiten, um Grundlagen für Ausschreibungen nach dem Prinzip „Best-BieterInnen“ zu erstellen. Die Finanzielle Verantwortung und Gesamtkoordination der Partnerschaft lag bei der FH St. Pölten, gefördert wurde das Projekt aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds und dem Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit.

³ Vgl. diesbezüglich Ranftler et al. 2006; Strahner et al. 2006; Wolfgruber et al. 2006; Emprechtinger et al 2007, Jöbstl-Arbeiter et al 2007; Krieger et al 2007 sowie Bakic/Jovanov/Kellner 2006; Kellner 2006. Die Fallstudien sind ebenso wie der Großteil der Veranstaltungsprotokolle und -transkripte unter www.sozialearbeit.at abrufbar.

⁴ Die Daten von Hemma Mayrhofer und Elisabeth Raab-Steiner (2006, 85) belegen für die österreichische Sozialarbeit, dass „Management- und Planungstätigkeiten, Öffentlichkeitsarbeit/Kontakte nach außen, Monitoring“ überwiegend von Leitungspersonen geleistet werden.

⁵ Laut Hemma Mayrhofer und Elisabeth /Raab-Steiner (2007, 85) steht SozialarbeiterInnen derzeit durchschnittlich die Hälfte (51,4%) ihrer Arbeitszeit für die KlientInnenarbeit zur Verfügung, bei MitarbeiterInnen in leitenden Funktionen beträgt der Anteil weniger als ein Fünftel (18,8%), wobei von erheblichen Schwankungen je nach Arbeitsfeld auszugehen ist.

Literatur

Bakic, Josef/Diebäcker, Marc/Hammer Elisabeth (2008): Die Ökonomisierung Sozialer Arbeit in Österreich. Eine fachlich-kritische Herausforderung. In: Sozial Extra, 1-2/2008, 52–55

Bakic, Josef/Diebäcker, Marc/Hammer Elisabeth (2007a): Wiener Erklärung zur Ökonomisierung und Fachlichkeit in der Sozialen Arbeit. Online unter: www.sozialearbeit.at [30.04.2009]

Bakic, Josef/Diebäcker, Marc/Hammer Elisabeth (2007b): Wer Qualität sagt, muss auch Ideologie sagen: Eine Kritik managerialer und technokratischer Optimierungsversuche Sozialer Arbeit. In: EntwicklungspartnerInnenenschaft Donau – Quality in Inclusion (Hg.): Sozialer Sektor im Wandel. Zur Qualitätsdebatte und Beauftragung von Sozialer Arbeit, 107-118

Bourdieu, Pierre et al. (2002[1993]): Das Elend der Welt. Zeugnisse und Diagnosen alltäglichen Leidens an der Gesellschaft. Konstanz

Diebäcker, Marc/Ranftler, Judith/Strahner, Tamara/Wolfgruber, Gudrun (2009): Neoliberale Strategien und die Regulierung sozialer Organisationen im lokalen Staat. Von der Ökonomisierung des Politischen zur Depolitisierung und Deprofessionalisierung der Sozialen Arbeit – Teil I. In: soziales kapital 3/2009. Online: <http://www.sozialeskapital.at/index.php/sozialeskapital/article/viewFile/150/213.pdf>

Emprechtlinger Julia/Jöbstl-Arbeiter, Maria/Hammer, Elisabeth/Krieger, Maria (2007): Sozialhilfe und Sozialarbeit zwischen öffentlichem Auftrag und professionellem Anspruch. Die MA 15 der Stadt Wien. Online unter: www.sozialearbeit.at [30.04.2009]

Foucault, Michel (2005 [1974]): Wahnsinn, eine Frage der Macht. In: Ders.: Analytik der Macht. Frankfurt am Main, 69-73

Hammer, Elisabeth (2008): Sozialarbeit im Rahmen der Sozialhilfe – Kontrolle und Disziplinierung im neoliberalen Staat. In: Dimmel, Nikolaus/Schmee, Josef (Hg.): Die Gewalt des neoliberalen Staates. Vom fordistischen Wohlfahrtsstaat zum repressiven Überwachungsstaat. Wien, 323-342

Heitmeyer, Wilhelm/Endrikat, Kirsten (2008): Die Ökonomisierung des Sozialen. Folgen für „Überflüssige“ und „Nutzlose“. In: Heitmeyer, Wilhelm (Hg.): Deutsche Zustände. Folge 6. Frankfurt am Main, 55-72

Jöbstl-Arbeiter, Maria/Hammer, Elisabeth/Krieger, Maria/Emprechtlinger Julia (2007): Soziale Arbeit und arbeitsmarktpolitisches Training. Das Projekt „Basic Plus“ – Mentor. Online unter: www.sozialearbeit.at [30.04.2009]

Kellner, Johannes (2006): Ökonomisierung der Sozialarbeit? – Untersuchung des österreichischen Fachdiskurses am Beispiel des Magazins „Sozialarbeit in Österreich“. Online unter: www.sozialearbeit.at [Stand 30.01.2007]

Krieger, Maria/Emprechtlinger Julia/Jöbstl-Arbeiter, Maria/Hammer, Elisabeth (2007): Soziale Akteure im öffentlichem Raum am Beispiel Karlsplatz. Die projekte „Streetwork“ und „Help U“. Online unter: www.sozialearbeit.at [30.04.2009]

Mayrhofer, Hemma/Raab-Steiner, Elisabeth (2007): Wissens- und Kompetenzanalyse von SozialarbeiterInnen. Berufspraktische Anforderungen, strukturelle Spannungsfelder und künftige Herausforderungen. Wien

Ranftler, Judith/Strahner, Tamara/Wolfgruber, Gudrun/Diebäcker, Marc (2006): Sozialarbeit mit AsylwerberInnen – Grundversorgung für AsylwerberInnen. Das Asylzentrum der Caritas Wien. Online unter: www.sozialearbeit.at [30.04.2009]

Sennett, Richard (2005): Die Kultur des Neuen Kapitalismus. Berlin

Speck, Otto (1999): Die Ökonomisierung sozialer Qualität: Zur Qualitätsdiskussion in Behindertenhilfe und sozialer Arbeit. München/Basel

Strahner, Tamara/Wolfgruber, Gudrun/Diebäcker, Marc/Ranftler, Judith (2006): Fachliches Arbeiten in der Vollen Erziehung – eine Fallstudie am Beispiel des Wiener Krisenzentrums Neutorgasse der Magistratsabteilung 11. Wien. Online unter: www.sozialearbeit.at [30.04.2009]

Trube, Achim (2001): Hauptelemente des neuen Steuerungsmodells – Kurzcharakteristik und Systematisierung kommunaler Ansätze. In: Boeßenecker, Karl-Heinz/Trube, Achim/Wohlfahrt, Norbert: Verwaltungsreform von unten?: Lokaler Sozialstaat im Umbruch aus verschiedenen Perspektiven. Münster, 32-65

Wolfgruber, Gudrun/Diebäcker, Marc/Ranftler, Judith/Strahner, Tamara (2006): Feministische Sozialarbeit zwischen Institutionalisierung und Autonomie – Die Beratungsstelle des „Vereins Wiener Frauenhäuser“. Wien. Online unter: www.sozialearbeit.at [30.04.2009]

Quellen

Bauer, Simone et al. (2008): Soziale Arbeit und Öffentlichkeit – Politisches Handeln in Zeiten von Ökonomisierung. Endbericht der Forschungswerkstatt am Studiengang Soziale Arbeit des FH Campus Wien.

Bakic, Josef/Jovanov, Boban/Kellner, Johannes (2006): Fachliche Standards in der Sozialarbeit gestern – heute – morgen. Eine Dokumentation der Projektphase gestern. Online unter: www.sozialearbeit.at [30.04.2009]

Bauer, Simone et al. (2008): Soziale Arbeit und Öffentlichkeit – Politisches Handeln in Zeiten von Ökonomisierung. Endbericht der Forschungswerkstatt am Studiengang Soziale Arbeit des FH Campus Wien.

Caritas Wien (2004): Stellenkonzept Asylzentrum

Protokoll AG 2 (2006): Fachliches Arbeiten im Asylbereich. Aspekte der Ökonomisierung in der Sozialen Arbeit am 31.05.2006. Online unter: www.sozialearbeit.at [30.04.2009]

Ranftler, Judith (2006): Fachliches Arbeiten im Asylbereich – Das Asylzentrum der Caritas Wien. Impuls zur AG 2: Fachliches Arbeiten im Asylbereich. Aspekte der Ökonomisierung in der Sozialen Arbeit. In: Protokoll AG 2 (2006), 8-9

Über die AutorInnen

Dipl.-Soz.-Wiss. Marc Diebäcker

marc.diebaecker@fh-campuswien.ac.at

Studium der Politikwissenschaft, Geschichte und Sozialen Arbeit.

Derzeit an Studiengängen der Sozialen Arbeit an der FH Campus Wien in Lehre und Forschung tätig. Mitbegründer des Vereins kriSo – Kritische Soziale Arbeit (www.kriso.at).

Schwerpunkte: Politische Theorien Sozialer Arbeit, ,
Regieren sozialer und öffentlicher Räume,
Gemeinwesenarbeit in der Stadt- und Regionalentwicklung.

Mag.^a (FH) Judith Ranftler

judith@ranftler.at

Studium der Sozialarbeit am FH Campus Wien.

Derzeit in der Sozialarbeit im Flüchtlingsbereich bei der Caritas Eisenstadt tätig.

Schwerpunkte: Migration und interkulturelle Arbeit, Sozialarbeit in der Flüchtlingshilfe.

Mag.^a (FH) Tamara Strahner

tamara_strahner@yahoo.de

Studium der Sozialarbeit am FH Campus Wien

Derzeit als Sozialarbeiterin im stationär-psychiatrischen Bereich tätig.

Schwerpunkte: Kinder- und Jugendarbeit; Fremdunterbringung, Lebensführung und sozialarbeiterische bzw. sozialpädagogische Praxis

Mag.^a Gudrun Wolfgruber

grudrun.wolfgruber@chello.at

Historikerin, derzeit freie Wissenschaftlerin, externe Lektorin am Inst. für Kultur- und Sozialanthropologie der Universität Wien.

Schwerpunkte: Geschichte zur Theorie und Praxis der Sozialarbeit, insbesondere der Jugendwohlfahrt, Fragen zu öffentlicher und privater Reproduktion sowie zur Geschichte der Psychoanalyse.